



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Runder Tisch stationärer Einzelhandel

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Runden Tisch zum Thema Zukunftschancen für den bayerischen stationären Einzelhandel einzusetzen, um mit allen Beteiligten aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen, Kirchen und Verbraucherorganisationen sowie Bürgerinnen und Bürgern über die Zukunft des Einzelhandels in Bayern zu diskutieren und notwendige Maßnahmen zum Erhalt des Einzelhandelsstandorts Bayern zu ergreifen.

Begründung:

Bayern ist inzwischen das einzige Bundesland ohne eigenes Ladenschlussgesetz. In Zeiten, in denen der Einzelhandel unter enormen Druck steht u. a. wegen Internethandel rund um die Uhr, aber auch zunehmender Liefermöglichkeiten weit nach 20 Uhr, muss man die Frage stellen dürfen, ob die derzeit in Bayern geltenden Ladenöffnungszeiten noch zeitgemäß sind. Der Einzelhandel leidet in Bayern aber nicht nur wegen der begrenzten Öffnungszeiten, sondern auch, weil seit Jahren großzügige Entwicklungsmöglichkeiten auf der grünen Wiese und wenig Interesse an innerörtlicher Entwicklung dafür sorgen, dass gerade die kleinen Geschäfte auf dem Land ausbluten.

Aus diesem Grund braucht es eine gesellschaftlich breit angelegte Debatte, wie die Bedingungen so gestaltet werden können, dass das Betreiben eines Einzelhandelsgeschäfts für die Inhaberinnen und Inhaber auch zukünftig ein auskömmliches Einkommen bietet und eine abwechslungsreiche und interessante Tätigkeit darstellt und wie eine flächendeckende Versorgung, insbesondere auch Nahversorgung, in ganz Bayern sichergestellt werden kann, die zur Attraktivität der Innenstädte beiträgt, und damit gleichzeitig den Anliegen der Verbraucherinnen und Verbraucher und den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Einzelhandel Rechnung trägt.

Alle Beteiligten müssen offen ihre Anliegen vorbringen und miteinander diskutieren, um zu einem gemeinsamen Ergebnis zum Wohl des Einzelhandelsstandorts Bayerns und der Menschen, die hier leben, zu kommen.